

Mehr Bürgerlichkeit wagen!

Allein aus Machtpolitik wird die Existenz von Gemeinsamkeiten zwischen FDP, Union und AfD geleugnet

Christian Vollradt

Leitartikeldeutschland hat eine neue Debatte: Was ist – und was oder besser: wer ist nicht bürgerlich? Zwei Stufen brauchte es zur Zündung. Aufreger Nummer eins war die bemitleidenswerte MDR-Moderatorin Wiebke Binder, die am Wahlabend in Dresden doch tatsächlich ein mögliches Bündnis aus AfD und CDU als „bürgerliche Koalition“ bezeichnet hatte. Pfui, hallte es aus den Echokammern der etablierten Parteien und der Medien; der Chefredakteur des Senders entschuldigte sich umgehend für den „Versprecher“ seiner Mitarbeiterin.

Aufreger Nummer zwei war kein Lapsus, sondern ganz bewußt gesetzt. AfD-Chef Alexander Gauland hatte nach den Erfolgen seiner Partei bei den jüngsten Wahlen in Sachsen und Brandenburg davon gesprochen, es gebe in beiden Ländern „bürgerliche Mehrheiten“. Theoretisch jedenfalls. Denn bei der Regierungsbildung werden diese Mehrheiten nicht berücksichtigt, da die CDU eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD ablehnt.

Die Empörung war nicht minder groß. Nein, so der Tenor, die „Rechtspopulisten“ seien eben keine bürgerliche Partei, sie betrieben bloß Mimikry. Der Begriff bürgerlich dürfe nicht „kampflos preisgegeben“ werden, kathederte Nils Minkmar im Spiegel. Sachlichkeit und Mäßigung seien Wesensmerkmale des Bürgerlichen, die AfD betreibe das Gegenteil. Amen.

Woher rührt dann ausgerechnet auf der Linken das Interesse, den einst so verpönten Begriff bürgerlich vor seiner angeblich drohenden Verunreinigung zu bewahren? War man da nicht schon viel weiter? Ging es nicht – etwa zehn Jahre ist das her – darum, ihn ganz zu entsorgen? Als um das Jahr 2009 herum vor allem Politiker von CSU und FDP ein „bürgerliches Lager“ im Munde führten – in Abgrenzung von Rot-Grün sowie in Abwehr schwarz-grüner Planspiele, entgegnete der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck: Wenn er das Gerede vom sogenannten bürgerlichen Lager höre, frage er sich: Was bin denn ich für einer? Ein Ausgebürgerter? Ein Unbürger?

Seine rhetorische Frage zielte darauf ab, den „Kampfbegriff“ aufs Altenteil zu schicken. War nicht die SPD längst von einer Arbeiter- zu einer Beamtenpartei geworden? Und haben nicht die Grünen das Bürgerschreck-Gehabe zugunsten des „Bionade-Bürgerlichen“ abgelegt? Es gab in jener Zeit mediale Schützenhilfe. Politiker und Journalisten sollten „aufhören, von den bürgerlichen Parteien und vom bürgerlichen Lager zu reden“, forderte zum Beispiel der frühere Stern-Korrespondent Peter Pragal. Der Begriff stehe „für Ausgrenzung, für Ideologie und für Überheblichkeit. Er diffamiert

politische Mitbewerber. Und er wird der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht gerecht.“ Nun aber soll es ausgerechnet die „auf Ausgrenzung“ zielende Sprache der AfD sein, die dazu führt, „daß die Partei nicht zum bürgerlichen Spektrum zählt“, wie der Germanist Heinrich Detering gegenüber dem Evangelischen Pressedienst dekretierte. Ja, was denn nun? Ist bürgerlich ausgrenzend? Oder ist es unbürgerlich, auszugrenzen? Nun, die Masche kommt einem durchaus bekannt vor: Die Öffnung oder Grenzverschiebung nach links ist erwünscht, nach rechts gilt sie per se als Übel.

Es gibt für die politischen Mitbewerber auch recht banale Gründe, warum man der AfD nicht unwidersprochen durchgehen läßt, sich als Teil des bürgerlichen Spektrums zu verstehen. Das „Wir Demokraten gegen die Rechtspopulisten“-Zusammenhalts-Tremolo erspart etwa der CDU, nach jeder Wahl ihren Anhängern und Mitgliedern gegenüber inhaltlich zu begründen, warum eine Zusammenarbeit ausgerechnet mit der Partei von vornherein ausscheidet, mit der man nachweislich die meisten programmatischen Übereinstimmungen hat. Die Christdemokraten, für die das (Mit-)regieren oberstes Ziel ist, befinden sich in einem Dilemma: Jedesmal machen sie eine Politik, die stets deutlich linker ist als die, für die sie gewählt wurden. Wer sein Kreuzchen ans hohe C setzt, um beispielsweise für die versprochenen Polizisten oder gesenkte Steuern oder verkürzte Asylverfahren zu votieren, bekommt wegen koalitionsärer Kompromisse – nur so als Phantasie – mehr Gleichstellungsbeauftragte, eine CO₂-Abgabe und eine Härtefallkommission. Voilà.

Es ist wie mit Ravioli aus der Dose. Die sehen nach dem Erhitzen auch nie so appetitlich aus wie auf dem Etikett. Bloß daß hier der Hinweis „Serviervorschlag“ den Kunden vor Enttäuschungen bewahren soll. Diese Kennzeichnungspflicht fehlt in der Politik. Leider.

Ein handfestes machtpolitisches Interesse daran, die Existenz eines bürgerlichen Lagers von FDP, Union samt AfD zu leugnen, haben natürlich ebenso die Grünen. Sie sind in der komfortablen Lage, sich entweder ins linke (mit SPD und Linkspartei) oder bürgerliche Lager (mit Union plus bei Bedarf FDP) schlagen zu können – von einem Sowohl-Als-auch à la „Kenia“ ganz zu schweigen. Ihren Preis können sie allein dadurch in die Höhe treiben, daß den Christdemokraten die Alternativen ausgehen, solange es für Zweierbündnisse mit den Liberalen und sogar mit den Sozialdemokraten nicht mehr reicht und der Bannstrahl gegen die blaue Partei weiter wirkt.

Deren Spitzen-Mann mit dem Hunde-Binder wäre indes nicht so politisch ausgefuchst wie er ist, wenn es ihm allein um die Provokation des Gegners gegangen wäre. Gaulands Satz: „Wir sind eine bürgerliche Partei“, impliziert eine unausgesprochene appellative Fortsetzung in die eigenen Reihen hinein: „... darum müssen wir uns auch wie eine bürgerliche Partei benehmen!“ Nicht im Sinne inhaltlicher Anpassung an andere, sondern eigener Disziplinierung. Wenn das „Gärige“ dermaleinst nicht mehr schulterzuckend hingenommen oder gar stolz-rabaukig zelebriert, sondern als ein

dringend abzustellender Mißstand wahrgenommen wird, dann müssen sich die Leitartikler wohl ein neues Thema suchen.

Zensur ausgelagert

Löschpraxis bei Facebook: Wer sich nicht wehren kann, wird mundtot gemacht
Birgit Kelle

Der digitale Teilzeittod ereilt einen immer unerwartet. Meine erste 24-Stunden-Facebook-Sperre erging wegen klassischen „Nippel-Alarms“. Ein paar humorlose Zeitgenossen meldeten das Foto, auf dem ich die Femen-Aktivistinnen persönlich festhielt, die sich im Thüringer Landtag vor meinem Mikrofon ihrer Blusen entledigten, um mir auf ihren nackten Brüsten notiert mitzuteilen, nicht Gender, sondern ich selbst sei „gaga“, in Anspielung auf mein damals frisch erschienenenes Buch.

Die vorerst letzte Sperre hingegen war eine Strafe wegen angeblicher Beleidigung einer Religionsgemeinschaft, womit erwartungsgemäß, aber unausgesprochen, der Islam gemeint war. Ein paar Herrschaften Muslime störten sich an meiner öffentlich geposteten Frage an den Spielzeughersteller Mattel, ob nach der Vorstellung der „Hijab-Barbie“ auch mit der Markteinführung eines dazu passenden Spielhauses zu rechnen sei, in dem Spielzeugmann Ken seine Barbie auspeitschen kann, wenn sie den hübschen Hijab gar nicht tragen will. Ich bekam leider keine Antwort von Mattel, sondern von Facebook: eine ganze Woche Sperre. Facebook-Algorithmen verstehen keinen Spaß, keine Ironie und auch keine Polemik. Genaugenommen ist es eine Rasterfahndung nach unliebsamen Schlagworten und Bildern. Dem fallen stillende Mütter samt ihren Brüsten genauso zum Opfer wie Islamkritik, „Klimaleugner“, Regierungskritiker und zunehmend völlig harmlose Beiträge und Kommentare.

Dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) sei Dank, einem verschriftlichten Justizirrtum aus der Feder des einstigen Ressortinhabers Heiko Maas, werden inzwischen zunehmend Bürger Opfer einer Internet-Zensur nach Regeln, die niemand versteht und gegen die die meisten nicht einmal vorgehen können. Franz Kafka hätte seine helle Freude und genug Stoff für eine mehrteilige Fortsetzung seines Klassikers „Der Prozeß“ angesichts absurder Sperren und Profillöschungen von Internetnutzern, die gegen kein Gesetz, aber mit ihren Beiträgen angeblich gegen „Gemeinschaftsstandards“ und Verhaltensregeln, auch „Netiquette“ genannt, verstoßen haben, und daraufhin spurlos und unangekündigt getilgt werden. Digitale Existenzlöschung geschieht selbstredend immer für einen guten Zweck, im Namen der Toleranz, im Kampf gegen Rechts, Haß und/oder „Fake News“.

Es ist ein Wunder, daß Donald Trump bei Twitter noch immer mitspielen darf. Wahrscheinlich liegt es daran, daß er gute Anwälte und genug Aufmerksamkeit hätte, um sich zu wehren. Das hatte ich damals auch, mein Anwalt hat die Wochensperre

innerhalb von 24 Stunden zu Staub verarbeitet, auch dank Solidarität von Journalisten-Kollegen und genug öffentlichem Negativlärm für Facebook. Der Normalbürger ohne finanzielle, juristische oder mediale Aufmerksamkeitsressourcen bleibt hingegen in seiner kafkaesquen Situation mundtot zurück.

„Ich brauche nichts als ein Stück Papier und ein Schreibwerkzeug und ich werde die Welt aus den Angeln heben“, gab Nietzsche einst größtenwahnsinnig zum besten. Heute bräuchte er nur ein offenes WLAN-Netz, um dasselbe zu tun. Und weil das etwas so derart Revolutionäres ist, daß im Internet, in den sozialen Netzwerken bei Twitter, Facebook, Youtube und Co. jeder jederzeit und auch alles veröffentlichen und kommentieren kann, ist das einzig Erstaunliche eigentlich nur, daß es so lange gedauert hat, bis die Machthaber dieser Welt Instrumente installiert haben, um das Internet in kontrollierbare Schranken zu verweisen. Dies „Internetz“ war in Deutschland eben doch „Neuland“, wie unsere Kanzlerin es einst formulierte. Totalitäre Regime wie China, Nordkorea oder der Iran waren da freilich viel früher auf Zack, blockierten Suchmaschinen und soziale Netzwerke, um unliebsame Regimekritik, alternative Nachrichten zum Staatsfunk und widerborstige Blogger aus dem digitalen Verkehr zu ziehen.

Der deutsche Staat war nun strategisch klüger: Er hat das Blocken ausgelagert, um das eigene Zensur-Westchen weiß zu halten. Alles halb so schlimm, gehen Sie weiter, ruft man uns zu. Nach den ersten sechs Monaten NetzDG seien doch nur 215.000 Beschwerden auf der Video-Plattform Youtube eingegangen, nur 886 bei Facebook und 264.818 bei Twitter. Davon entfernt worden seien jeweils maximal noch nicht mal ein viertel. Das perfide dieser Löschkoten besteht in der nichterfaßten Statistik: jenen hausinternen Löschkommandos, die nicht nach gesetzlichen Regeln agieren, sondern nach Hausregeln amerikanischer Digitalriesen, die damit zu Richtern über Presse- und Informationsfreiheit gemacht wurden. Selbst die Journalistenvereinigung „Reporter ohne Grenzen“ kritisiert deswegen offen die Bundesregierung. Zensur findet also nicht statt. Hurra!

Praktischerweise wird der Bürger nämlich nicht vom Staat selbst, sondern von privaten Unternehmen, die vom Staat unter Androhung hoher Geldstrafen unter Druck gesetzt werden, zensiert. „Haß im Netz“ wurde juristisch-inhaltlich gar nicht definiert, weil der Bürger sowieso nicht vor Gericht ziehen kann, sondern nur bis zur endlosen Formularenschleife von Facebook und Co. Damit kann alles und nichts Haß sein, und genauso willkürlich wird es ja auch gehandhabt.

In normalen Demokratien schützt der Staat seine Bürger in der Wahrnehmung seiner Verfassungsrechte wie freie Meinungsäußerung, Redefreiheit und Pressefreiheit. Unser Land hat stattdessen rechtliche Voraussetzungen geschaffen, um Privatunternehmen zum Einschnitt dieser Rechte explizit zu befähigen. Doch was ist noch normal in unseren Zeiten?

Der Druck steigt

Asyl: Deutschland könnte in Kürze eine neue Flüchtlingswelle bevorstehen

Peter Möller

In der vergangenen Woche brachte das ZDF-Dokudrama „Stunden der Entscheidung: Angela Merkel und die Flüchtlinge“ die Flüchtlingskrise 2015 vielen zurück ins Gedächtnis. Dabei gewann die zur Heldenverehrung geratene Darstellung der Ereignisse von vor vier Jahren eine unerwartete Aktualität. Denn die Anzeichen, daß Europa und damit vor allem Deutschland eine neue Flüchtlingswelle bevorstehen könnte, mehren sich. In den vergangenen Wochen ist die Zahl der Flüchtlinge, die aus der Türkei nach Griechenland gekommen sind, deutlich angestiegen (siehe Seite 12). Allein im August setzten nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR 8.103 Menschen aus der Türkei zu den griechischen Ägäis-Inseln über und damit deutlich mehr als in den Monaten zuvor.

In Berlin steht das Thema daher spätestens seit der vergangenen Woche wieder auf der Tagesordnung. „Wir verfolgen die Entwicklung auf den griechischen Inseln sehr aufmerksam. Der jüngste Anstieg der Ankunftszahlen ist ernst zu nehmen“, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Martina Fietz am vergangenen Freitag mit Blick auf die wachsenden Flüchtlingszahlen in Griechenland. Zugleich verwies sie allerdings darauf, daß die Zahl der Flüchtlinge, die derzeit in Griechenland ankommen, immer noch deutlich niedriger sei als vor dem von der EU mit der Türkei im März 2016 geschlossenen Flüchtlings-Abkommen. Dieses sieht vor, daß die EU alle Ausländer, die illegal auf die griechischen Inseln übersetzen und die in Griechenland kein Asyl bekommen, in die Türkei zurückschicken darf. Die EU hat sich im Gegenzug verpflichtet, für jeden in die Türkei zurückgeschickten Syrer einen anderen Syrer, der sich in der Türkei aufhält, legal aufzunehmen.

Doch insbesondere bei der Rückführung illegaler Flüchtlinge hakt es bereits seit längeren. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte der Welt am Sonntag, es bestehe „Verbesserungsbedarf insbesondere bei Rückführungen in die Türkei, um die schwierige Lage auf den griechischen Inseln zu verbessern“. Denn in Berlin ist klar, daß sich der wachsende Migrationsdruck in Griechenland eher früher als später auch in anderen Staaten der ehemaligen Balkanroute und schließlich auch in Deutschland bemerkbar machen wird.

„Aufgrund des wachsenden Migrationsdrucks in Griechenland ist davon auszugehen, daß illegale Migration, insbesondere über die Staaten der Balkanregion, anhalten wird“, sagte der Sprecher des Innenministeriums. Davon ist auch der Luftweg betroffen. Allein im Juli habe die griechische Polizei nach Beratung mit der Bundespolizei in 837 Fällen Reisen nach Deutschland untersagt, wegen gefälschter oder falscher Papiere.

„Die Flüchtlingskrise ist nicht zu Ende“

Sorge bereitet der Bundesregierung auch, daß längst nicht mehr die meisten Flüchtlinge, die nach Griechenland kommen, Syrer sind. Bereits im April hatte eine Statistik des UNHCR für Aufsehen gesorgt: Demnach waren in den ersten drei Monaten des Jahre 8.604 Flüchtlinge nach Griechenland gekommen, davon knapp 5.500 auf dem Seeweg. Von ihnen stammten 11,6 Prozent aus Syrien. Doch fast die Hälfte (47,1 Prozent) stammte aus Afghanistan und ist somit nicht vom EU-Türkei-Abkommen erfaßt. Als die Vereinbarung 2016 geschlossen wurde, sah das Verhältnis noch ganz anders aus: Von den 173.000 Flüchtlingen, die Griechenland damals über den Seeweg erreichten, stammten 47 Prozent aus Syrien, 24 Prozent aus Afghanistan.

Das Auswärtige Amt forderte daher bereits Anfang des Jahres, Deutschland müsse Griechenland unbedingt helfen, Afghanen zurückzuführen. Und präsentierte eindeutige Zahlen: Demnach habe sich die Zahl der von den griechischen Inseln in die Türkei zurückgeführten Flüchtlinge 2018 auf „nur noch 322 Personen“ halbiert. Das entsprach einem Prozent der Ankünfte. Schon damals waren die Experten des Auswärtigen Amtes der Ansicht, es werde „absehbar auch 2019 nicht gelingen, die Rückführungsquote erheblich zu steigern“. Und sie nannten als Grund unter anderem den „stark gesunkenen Anteil“ syrischer Flüchtlinge. Zudem verwiesen sie auf den hohen Anteil von Afghanen sowie auf Flüchtlinge aus den palästinensischen Autonomiegebieten und aus dem Irak, die „alle über eine hohe Schutzquote“ verfügten und „deshalb nur zu einem sehr geringen Anteil“ in die Türkei zurückgeführt werden könnten.

Doch nicht nur die Lage in Griechenland, sondern auch die Lage im Nordwesten von Bosnien und Herzegowina an der Grenze zu Kroatien bereitet den Verantwortlichen in Berlin Kopfzerbrechen. Täglich kommen hier neue Flüchtlinge aus Pakistan, Afghanistan, Syrien und Nordafrika in der Hoffnung an, von dort in die EU zu gelangen. Denn seitdem Italien seine Häfen für Flüchtlinge praktisch geschlossen hat, erwacht die Balkanroute zu neuem Leben. Wer über das entsprechende Geld verfügt, wird von Schleppern trotz erschwelter Bedingungen immer noch Richtung Norden gebracht.

Der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland, warnte Anfang der Woche daher bereits vor den möglichen Auswirkungen der Entwicklung: „Die wachsende Zahl von Flüchtlingen, die über die Türkei nach Griechenland und damit in die EU kommen, zeigt, wovor wir immer gewarnt haben: die Flüchtlingskrise ist nicht zu Ende, uns droht eine Neuauflage der Flüchtlingsströme über die Balkanroute.“ Es sei klar, wohin die allermeisten Menschen wollten, die jetzt nach Griechenland kommen: nach Deutschland.

Geisterlandschaft und Hungertod

Nahrung für die NS-Propaganda: Vor 75 Jahren wurde in Quebec der Morgenthau-Plan beschlossen

Karlheinz Weißmann

Am 26. September 1944 erschien der Völkische Beobachter mit der Schlagzeile „Morgen-thau übertrifft Clemenceau – 40 Millionen Deutsche zuviel. Roosevelt und Churchill machten sich Judas Mordplan zu eigen“. Was damals zum üblichen „Narrativ“ gehörte, muß heute erklärt werden. Gemeint war in der Überschrift Henry J. Morgenthau, der US-amerikanische Finanzminister, auf den ein Plan zur Behandlung Deutschlands nach dem erwarteten Sieg der Alliierten zurückging. Den hatte er dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt und dem britischen Premierminister Winston Churchill vorgelegt, die ihm trotz seiner Brutalität zustimmten. Damit, so die Suggestion der NS-Propaganda, hatten sich die Alliierten ein Projekt zu eigen gemacht, das angeblich sogar das Georges Clemenceaus, des französischen Regierungschefs im Ersten Weltkrieg, überbot, einen Großteil des deutschen Volkes zu liquidieren. Daß davon keine Rede sein konnte (trotz Clemenceaus notorischem Haß auf die „boches“) erscheint indes als Kleinigkeit, verglichen mit der eigentlichen Pointe, daß sich nämlich nach Auffassung des NS-Parteiorgans in Gestalt Morgenthaus „Juda“ selbst, mithin der „Weltfeind“, der westlichen Kriegsgegner bediente, um Deutschland und die Deutschen auszulöschen.

Es gab in Washington wie in London früh Stimmen, die davor warnten, daß man Hitlers Regime mit dem Morgen-thau-Plan eine propagandistische Steilvorlage liefere. Aber das hielt Morgen-thau nicht davon ab, am 4. September 1944 sein „Programm, um Deutschland zu hindern, einen Dritten Weltkrieg zu beginnen“ schriftlich zu fixieren. Die 14 Punkte sahen vor: Absetzung der Regierung und Liquidierung der Hauptverantwortlichen ohne Gerichtsverfahren, Abtrennung Schlesiens und Ostpreußens sowie der Saar vom Reichsgebiet, dessen verbleibender Rest in zwei separate Länder aufgegliedert werden sollte.

Faktisch hätte es sich um Protektorate oder Kolonien gehandelt, besetzt und ohnmächtig schon deshalb, weil immense Reparationszahlungen zu leisten und gleichzeitig die Industrie zu demontieren war. Zahllose Hungertote nahm Morgenthau dabei ebenso billigend in Kauf wie eine weitere Schwächung der Bevölkerungszahl durch die Deportation von Deutschen zur Zwangsarbeit. Auf den Einwand, daß so das Ruhrgebiet zu einer „Geisterlandschaft“ werden würde, entgegnete er: „Mich interessiert das Schicksal der Bevölkerung nicht. (...) Wir haben diesen Krieg nicht gewollt, wir haben nicht Millionen Menschen in die Gaskammern geschickt. Wir haben keine von diesen Dingen getan. Sie [die Deutschen] wollten es nicht anders haben.“

Humanitäre Erwägungen spielten keine Rolle

Morgenthau machte auch sonst kein Hehl aus seiner Bereitschaft, fallweise „Hitlers eigene Methode“ anzuwenden oder doch nur um wenig dahinter zurückzustehen. In

einer Besprechung mit dem Kriegsminister Henry L. Stimson und dem Unterstaatssekretär (nachmaligen Hohen Kommissar in der Bundesrepublik) John J. McCloy äußerte er, daß er auch vor der Verschleppung von 40 Millionen Menschen nicht zurückschrecke: „Nun, das ist nicht annähernd so schlimm, wie wenn man sie in Gaskammern schickte.“

Daß Morgenthau erwarten durfte, die Zustimmung Roosevelts und Churchills zu erhalten, hing damit zusammen, daß sie seine Vorstellung von der Kollektivschuld der Deutschen teilten und damit verbunden die Absicht, sie durch einen Straffrieden daran zu hindern, noch einmal nach der „Weltherrschaft“ zu greifen. Derartige Konzepte waren schon seit dem Ersten Weltkrieg im Umlauf. Damals hatte es vor allem auf französischer Seite Vorschläge zur dauerhaften Zerschlagung der Reichseinheit, Abtrennung großer Gebietsteile und Dezimierung der Bevölkerung gegeben. Die waren aber zur Enttäuschung der Scharfmacher im Versailler Friedensvertrag nur unvollständig umgesetzt worden. Dessen „Milde“ machten Männer wie Morgenthau verantwortlich für den Wiederaufstieg Deutschlands.

Die immer radikaler werdende antisemitische Politik des NS-Regimes tat für ihn als Juden ein übriges. Seit Jahresanfang 1943 konnte Morgenthau sicher sein, daß es in den Konzentrationslagern zur Massentötung von Juden kam. Ende des Jahres trafen sich Roosevelt, Churchill und Stalin zum ersten Mal persönlich und verhandelten darüber, wie mit Deutschland nach dem Sieg der Alliierten zu verfahren sei. Obwohl es nicht zu formellen Abmachungen kam, war die Tendenz eindeutig und entsprach weitgehend dem, was Morgenthau später ausarbeiten sollte: Annexion der deutschen Ostgebiete zugunsten Polens und Vertreibungsmaßnahmen, Zerschlagung der staatlichen Einheit Deutschlands, Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung, Demontage, Stilllegung des Ruhrgebiets, Liquidierung von Teilen der als verantwortlich betrachteten Bevölkerung. In Teheran war auch darüber „gescherzt“ worden, 50.000 deutsche Offiziere und Fachleute summarisch zu erschießen.

Morgenthau kannte außerdem Roosevelts antideutschen Affekt, der schon seit Jahrzehnten einen Entscheidungskampf gegen das Deutsche Reich für unausweichlich hielt, und Churchill köderte er damit, daß die Beseitigung der Konkurrenz durch die deutsche Schwerindustrie Großbritanniens Mehreinnahmen zwischen 300 und 400 Millionen Pfund pro Jahr bringen konnte. Humanitäre Einwände spielten dabei kaum eine Rolle, auch wenn Stimson davon sprach, daß Morgenthau die Deutschen einem „Zustand der Sklaverei“ ausliefern wollte oder der Bundesrichter Robert H. Jackson (nachmals Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen) meinte, dessen Pläne seien offenbar auf den „Gedanken des Konzentrationslagers“ fixiert.

Während der Konferenz in Quebec vom 12. bis 16. September 1944 paraphierten Roosevelt und Churchill eine leicht geänderte Variante des Morgenthau-Plans. Allerdings verstärkte sich die Kritik in der Folgezeit. Churchills Berater wiesen darauf hin, daß nach der Erledigung des deutschen Problems ein russisches zu bewältigen

sein werde und ein geschwächtes Deutschland kaum als Bollwerk gegen Stalins Expansionsabsichten taugte. In den USA spielte eine ausschlaggebende Rolle, daß der Plan durch eine Indiskretion an die Presse gekommen war und die Veröffentlichung zu massiven Irritationen in der Bevölkerung führte. Das drohte Roosevelts Kampagne für die kommende Präsidentschaftswahl zu gefährden und ließ den „getriebenen Messias“ (Golo Mann) wenigstens äußerlich umschwenken. Möglicherweise hat aber auch die Sorge den Ausschlag gegeben, daß das von Morgenthau anvisierte „geordnete Chaos“ Deutschland unkontrollierbar machen werde. Am 22. September, kaum eine Woche nach ihrer Zustimmung, ließen Churchill und Roosevelt den Morgen-thau-Plan fallen.

Morgenthau's Pläne nach 1945 zum Teil umgesetzt

Die in der Literatur regelmäßig wiederholte Behauptung, der Morgenthau-Plan habe deshalb keine Bedeutung für die alliierte Besatzungspolitik gehabt, entspricht aber nicht den Tatsachen. Trotz erheblicher Abschwächung wurde er zur „Grundlage der Besatzungspolitik“ (Detlef Junker). Sein Ungeist war in der berühmten Direktive JCS 1067, die die Behandlung des „besiegten Feindstaates“ festlegte, ebenso zu spüren, wie in den Bestimmungen des Protokolls der Potsdamer Konferenz. Das gilt insbesondere für die Punkte, die den Abbau der Industrie, die Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion, die „geordneten Umsiedlungen“ und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln betrafen.

Darüber hinaus unterschied man in der Folgezeit ganz selbstverständlich zwischen „Morgenthauern“ und „Anti-Morgenthauern“, wenn es um die Besatzungsoffiziere ging. Von ersteren hatten die Deutschen nichts Gutes zu erwarten. Ihr Einfluß schwand nur nach und nach als Folge des Kalten Krieges. Als es darum ging, die Deutschen für die eigene Seite zu gewinnen, war dann sogar ein „Morgenthauer“ wie Dwight D. Eisenhower bereit, seine Bestrafungsphantasien hinter sich zu lassen und in denjenigen, die ihm gestern noch als fluchwürdiges Verbrechervolk erschienen waren, genehme Verbündete zu sehen.